

2292/A(E) XXV. GP

Eingebracht am 20.09.2017

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Albert Steinhäuser, Harald Walser, Freundinnen und Freunde
betreffend Bildungsoffensive für digitale Medienkompetenz

BEGRÜNDUNG

Bildung spielt eine zentrale Rolle, um die Bürgerinnen und Bürger für die Herausforderungen des digitalen Zeitalters zu wappnen. Zum einen sind digitale Kompetenzen heute eine wesentliche Voraussetzung für die Teilhabe an der Gesellschaft und am Arbeitsmarkt. Zum anderen kommt digitaler Medienkompetenz eine zentrale Bedeutung zu bei der Bekämpfung zweier Phänomene, die zunehmend zu einer Polarisierung und zu einer Erosion des sozialen Zusammenhangs in der Gesellschaft führen: Die Verbreitung von Desinformation und Falschmeldungen über das Internet sowie Hass im Netz.

Um die negativen Folgen von Falschmeldungen und deren Weiterverbreitung einzudämmen, muss durch Bildungsmaßnahmen die Fähigkeit vermittelt werden, Informationen kritisch zu hinterfragen und qualitativ hochwertige Informationen zu erkennen und zu finden. Auch für die Bekämpfung von Hass im Netz ist die Vermittlung von kritischem Denken wichtig, da Hass oftmals durch bewusst gestreute Falschmeldungen befeuert wird. Nur eine ausreichende Medienkompetenz kann zu der notwendigen Skepsis führen, um Falschinformationen in online und offline Medien zu erkennen und kritisch zu reflektieren. Darüber hinaus müssen Bildungsmaßnahmen auch Empathie vermitteln, um ein Bewusstsein dafür zu schaffen, was Hassbotschaften bei anderen auslösen können. Gleichzeitig gilt es auch, den Umgang mit eigenen Emotionen zu thematisieren, um unbedachtem Handeln vorzubeugen. Und schließlich müssen Handlungsoptionen gegen Hass im Netz aufgezeigt werden. Dabei geht es zum einen um die Vermittlung von „digitaler Zivilcourage“, damit Zeuginnen und Zeugen von Hassbotschaften im Netz eingreifen, wenn eine Person oder eine bestimmte Gruppe angegriffen wird. Zum anderen müssen aber auch Informationen vermittelt werden, bei welchen Stellen Übergriffe im digitalen Raum gemeldet werden können.

Der Beschäftigung mit den Herausforderungen der digitalen Informationsgesellschaft im Rahmen von politischer Bildung kommt auch über die Bekämpfung von Hass im Netz und die Online-Verbreitung von Falschmeldungen hinausgehend eine zentrale Bedeutung zu. In einer modernen Gesellschaft ist der Umgang mit digitalen Medien in Beruf- und Privatleben essentiell geworden. Die Chancen für selbstbestimmten Umgang mit neuen Technologien, der individuellen Arbeitsmarktqualifikation und der

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Fähigkeit sich aktiv im demokratischen Diskurs einzubringen, sind ohne digitale Kompetenzen heutzutage kaum zu bewerkstelligen.

Die Vermittlung von digitaler Medienkompetenz ist bei Jugendlichen besonders wichtig. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass sich die Medienkonsumgewohnheiten von Menschen im Jugendalter herausbilden und für das restliche Leben stark prägend sind. Gleichzeitig zeigen Studien¹, dass der Umgang mit fragwürdigen Quellen und mit Hass im Netz für Jugendliche ein hochaktuelles Thema ist: So zeigte etwa eine Studie von Saferinternet.at im Jahr 2016, dass Jugendliche vor allem Internetquellen wie soziale Netzwerke nützen, um sich zu informieren, obwohl sie diese für wenig glaubwürdig halten. Und bei einer deutschen Studie unter Jugendlichen ab 14 Jahren gaben 2016 zwei Drittel der Befragten an, bereits mit Hasskommentaren konfrontiert gewesen zu sein.

Bei der Vermittlung von Medienkompetenz an Jugendliche kommt der Schule eine herausragende Bedeutung zu. Die Vermittlung von digitalen Kompetenzen muss zentraler Bestandteil der schulischen Ausbildung ebenso wie in der Ausbildung für Pädagoginnen und Pädagogen sein. Voraussetzung dafür ist eine adäquate Ausstattung der Schulen mit IKT-Infrastruktur und digitalen Lerntools. Entscheidend ist jedoch die Qualifikation der Lehrkräfte im Umgang mit digitalen Medien. Darauf muss in der Lehrerausbildung ein Hauptaugenmerk gelegt werden oder mit externen Expertinnen und Experten gearbeitet werden. Darüber hinaus gilt es die Zusammenarbeit von Schulen und Vereinen mit Arbeitsschwerpunkt auf digitalen Medien zu fördern.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Bildung sowie der Bundeskanzler, wird aufgefordert:

- die Umsetzung der Digitalisierungsstrategie „Schule 4.0“ voranzutreiben.
- weitere ambitionierte Maßnahmen zur Umsetzung der auf Bildung, Medienkompetenz und Zivilcourage abzielenden Punkte der „Digital Roadmap Austria“ der Bundesregierung zu setzen.
- In allen Lehrplänen der Oberstufe einen aktiven Schwerpunkt auf politische Partizipationsmöglichkeit mittels digitaler Technologien zu setzen und dies anhand von Beispielen erfolgreicher Bürgerbeteiligung in der Vergangenheit zu demonstrieren.
- Die kritische Medienkompetenz bei Kindern und Jugendlichen anhand von konkreten Beispielen von Falschmeldungen aus zeitgeschichtlichen oder aktuellen Ereignissen zu diskutieren.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Unterrichtsausschuss vorgeschlagen.

¹ http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/Materialien/WP2_VirtuelleAgora_online_LF.pdf